

	176. Vollversammlung der AK Wien vom 11.11.2021
FSG	
Antrag Nr. 17	<i>Schulabmeldungen: Familien unterstützen und Kinder schützen</i>
Annahme	Ausschuss Jugend, Bildung und Kultur

Im Schuljahr 2021/2022 sind rund 7.500 schulpflichtige Kinder und Jugendliche zum häuslichen Unterricht angemeldet worden - das sind rund drei Mal so viel wie in anderen Schuljahren. Nach den ersten Schulmonaten ist zwar rund jeder Siebente wieder an die Schule zurückgekehrt, dennoch ist der Anteil an Kindern und Jugendlichen im häuslichen Unterricht hoch. Über die Motive für die Schulabmeldungen ist wenig bekannt, anzunehmen ist, dass neben gesundheitlichen Bedenken auch demokratiegefährdendes Gedankengut Anlass für Eltern sein könnten Kinder und Jugendliche zum häuslichen Unterricht anzumelden. Das BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung) hat es bislang unterlassen die Motive näher zu beforschen und erfragen.

Das BMBWF reagiert auf den starken Anstieg an Schulabmeldungen in diesem Schuljahr mit einer Zentralisierung der Externist:innenprüfungen, eigene Kommissionen werden die Prüfungen am Ende des Schuljahres abnehmen. So sollen die Lehrenden an den einzelnen Schulstandorten entlastet werden. Prüfen sollen vor allem Schulqualitätsmanagerinnen und -manager (früher Schulinspektor:innen) - und zwar gebündelt nicht an jeder Schule, sondern in der jeweiligen Bildungsregion.

Insbesondere aufsuchende Familiensozialarbeit wären ergänzend wichtig, um das Wohl der Kinder und Jugendliche und ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Bislang wurden keine Schritte in diese Richtung gesetzt und werden daher weiter von der Arbeiterkammer eingefordert.